

Interview mit Said AlDailami

Turbulente Zeiten in der MENA-Region - Eine Momentaufnahme

Die MENA-Region steht besonders seit dem Arabischen Frühling im Fokus der internationalen Politik. Ganze Systeme wurden über Nacht hinweggefegt. Doch sind die Konturen der neuen Ordnung in der MENA Region bis heute nicht wirklich zu erkennen. In diesem Gespräch, zehn Jahre nach dem arabischen Frühling, möchten wir einen Blick auf die MENA-Region werfen und eine Zwischenbilanz, auch unter Berücksichtigung der Konsequenzen der Corona-Pandemie ziehen.

Schlagwörter:

Corona-Pandemie - MENA-Region - Maghreb - Tunesien - Libyen - Transformation - Shrinking Spaces

Turbulente Zeiten in der MENA-Region – Eine Momentaufnahme

|| Interview mit Said AlDailami



Quelle: HSS

Dr. Said AlDailami war von 2014 bis 2020 Leiter des Regionalbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis mit Zuständigkeit für Tunesien, Algerien und Libyen, und leitet aktuell die Abteilung ‚Auslandsstipendiaten‘ im Institut für Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung. Geboren in Sanaa im Jemen, kam er mit neun Jahren nach Deutschland. Im Rahmen seiner Offiziersausbildung bei der Bundeswehr studierte Dr. Said AlDailami Staats- und Sozialwissenschaften. Im Anschluss arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr in München und dozierte unter anderem im Fach Internationale Politik zu Geschichte und Gegenwart der arabischen Welt.

HSS: Herr Dr. AlDailami, wo steht die MENA-Region zehn Jahre nach der regionalpolitischen Zäsur, die durch die Proteste der arabischen Bevölkerung ausgelöst wurde? Freiheit, Würde, soziale Gerechtigkeit – so hießen die Forderungen der Menschen unisono, von Rabat im Maghreb bis Damaskus im Maschrek.¹ Was davon ist Realität geworden?

AlDailami: Die Region durchlebt eine rasante Entwicklung. Ich spreche sogar von “tektonischen Verschiebungen” auf der geopolitischen Ebene, die so schnelllebig sind, dass wir heute nur eine Momentaufnahme zeichnen können. Ich unterscheide zwischen vier Ländergruppen. In jeder Ländergruppe ist der Transformationsprozess einigermaßen vergleichbar abgelaufen: Die erste Ländergruppe, das sind die Monarchien in der MENA-Region. An ihnen scheinen die politischen Umbrüche des Jahres 2010/2011 nahezu spurlos vorübergegangen zu sein. Zumindest konnten sich die Herrscher an der Macht halten und einige begannen, ernsthafte Reformen von oben durchzusetzen. Marokko steht hier als Paradebeispiel für Kontinuität, aber auch für Bereitschaft zur Reform von oben.

Die zweite Ländergruppe, das sind jene Länder, die zu Beginn des Arabischen Frühlings hoffnungsvolle Schritte in Richtung Demokratie unternommen haben, allerdings relativ schnell in autoritäre Muster zurückverfallen sind. Als Paradebeispiel dient hier Ägypten.

Zur dritten Ländergruppe gehören all jene Staaten der MENA-Region, in denen der Protest für Freiheit, Würde und soziale Gerechtigkeit darin mündete, dass sie im Chaos versunken sind. Krieg und Verlust von Staatlichkeit waren und sind das Resultat bis heute. Als Beispiele nenne ich Syrien, Libyen, Jemen, Irak und aktuell den Libanon. Und schließlich die vierte und letzte Ländergruppe: Das sind jene Länder, die kurz- bis mittelfristig zu regionalpolitischen Mächten aufsteigen wollen, und ordnungspolitisch in der gesamten Region agieren wollen. Hierzu zählen vor allem die

Türkei und der Iran. Ich möchte dennoch ein Land besonders hervorheben, nicht nur, weil ich in diesem Land arbeite, sondern weil das Land tatsächlich die Ausnahme in dieser Zwischenbilanz ist: Es handelt sich um Tunesien. In Tunesien ist ein friedlicher und glaubwürdiger Transformationsprozess in Richtung Demokratie im Gange, der anerkannt und geschätzt werden muss mit allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Und schließlich möchte ich bei dieser ersten Einschätzung auf die religiöse Komponente eingehen: Oftmals werden in den Medien alle Konflikte in der MENA-Region als Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten dargestellt. Meiner Ansicht nach spielt die konfessionelle Komponente eher eine nachgeordnete Rolle. Der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten ist dort am sichtbarsten, wo Krieg und der Verlust von Staatlichkeit das Ergebnis der Transformation ist. Das ist wiederum für mich ein klares Indiz dafür, dass sowohl Sunniten als auch Schiiten das religiöse Narrativ in Krisenzeiten nur dazu nutzen, um ihre jeweiligen Anhänger zu mobilisieren. Durch den Zerfall der Nationalstaaten wird der Rückgriff auf konfessionelle Zugehörigkeiten und die Instrumentalisierung der Religion zum naheliegenden Mittel zur Schaffung neuer Identitäten. Und das ist der eigentliche Grund für die Konflikte, die wir zwischen Sunniten und Schiiten sehen. Es ist also kein strukturelles Problem in der MENA-Region, sondern ein Problem, das mit der aktuellen Lage zu tun hat.

HSS: *Vielen Dank für diese Ausführungen. Kommen wir jetzt zur Corona-Krise. Wir sehen, dass die Corona-Krise die Waffen nicht zum Schweigen bringt, und die Aufforderungen der Vereinten Nationen weitestgehend unberücksichtigt bleiben. Vielerorts ist es so, dass die Krise zu mehr Gewalt und zu Armut führt. Die Hauptlast der Pandemie tragen dabei die Länder des Südens, wie Friedensforscher uns berichten. Was bedeutet die Corona-Pandemie für die MENA-Region?*

AlDailami: Auch hier möchte ich gerne unterscheiden zwischen reichen Ländern in der MENA-Region und armen Ländern. Die reichen Staaten wie die Golfmonarchien und alle öl-

und gasproduzierenden Länder werden aus meiner Sicht die Corona-Pandemie bzw. die Folgen dieser Pandemie weitestgehend gut überstehen. Auch wenn wir aufgrund des aktuell historisch tiefen Ölpreises Einnahme-Einbußen in Milliardenhöhe und einen deutlichen Rückgang der direkten staatlichen Investitionen verzeichnen müssen, werden sie diese weltweite Krise einigermaßen gut meistern können. Andere hingegen, und das ist die Mehrzahl der Länder in der MENA-Region, kämpfen um das nackte Überleben.

Insbesondere zählen dazu die Staaten, die ich bereits angesprochen habe, die in Krieg und Chaos versunken sind: Libyen, Syrien, Jemen, Irak, Libanon, aber auch das Vorgebiet Tunesien kämpft gegen die Staatsinsolvenz. So dramatisch ist die Lage leider. Diese wirtschaftliche Krise zieht leider auch eine tiefe soziale und gesellschaftliche Krise nach sich, deren Vorboten bereits heute in den Ländern sichtbar sind. Frustration, Proteste und Demonstrationen nehmen zu. Die Menschen protestieren vor allem für ein Leben in Würde. Gemeint ist hier zuvorderst ein Einkommen, aus dem die Familie ernährt werden kann, und eine Perspektive für die Kinder, für die Zukunfts-Generation, und in den Kriegsgebieten ein Ende der Kriegshandlungen bzw. in autoritären Regimen ein Ende der staatlichen Repressionen.

Ich möchte gern noch einmal die wirtschaftliche Dimension erwähnen, denn wie in Deutschland hat die Lockdown-Politik und die strengen Ausgangssperren in diesen Ländern dafür gesorgt, dass der Wirtschaftskreislauf im Prinzip lahmgelegt wurde. Die Pandemie wirkt wie ein Beschleuniger für viele konjunkturelle und strukturelle Probleme in diesen Ländern. Als Beispiel verweise ich auf die demografische Entwicklung in diesen Ländern – einer der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung dieser Region. Wenngleich der Zuwachs der Bevölkerung sich stark verlangsamt hat, wächst die Bevölkerung in der Region mit Ausnahme Libanons, weiter: Von 324 Millionen Einwohnern in 2015 auf 370 Millionen im Jahr 2025. Just in diesen zehn Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge von 1990 bis

2010 auf den Arbeitsmarkt drängen. Wir haben es in diesen Ländern mit einer relativ jungen Bevölkerungsstruktur zu tun. Je nach Land sind zwischen 40 und 60 Prozent unter dreißig Jahre alt. Vor dem Hintergrund des Lockdowns müssen wir mit einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in dieser Region rechnen, der knapp an die 40 Prozent reicht – das ist enorm.

Damit ist natürlich nicht nur ein soziales, sondern auch ein politisches Problem vorgezeichnet: Wir können davon ausgehen, dass hohe Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe dafür sorgen wird, dass politische Unruhen entstehen, dass Gewalt entsteht, und dass eventuell Terrorismus dadurch einen Nährboden bekommt. Als kleine Randnotiz: Die Lebensmittelproduktion in dieser Region deckt gerade mal 50 Prozent des tatsächlichen Bedarfs ab. Das heißt, 50 Prozent der Lebensmittel müssen importiert werden. Wenn die finanziellen Mittel fehlen oder die Preise auf dem Weltmarkt für die Lebensmittel steigen, kann es für viele Länder sehr schnell sehr kritisch werden. Auf makro-wirtschaftlicher Ebene kann eine prekäre Situation einiger Staatshaushalte konstatiert werden. Ich denke, dass einige Länder Insolvenz anmelden würden, wenn sie nicht von außen durch Finanzspritzen am Leben gehalten würden. Diese Länder hängen im wahrsten Sinne des Wortes am Tropf. Sie sind existenziell von Außenhilfen, Subventionen und Krediten abhängig, sonst würden sie kollabieren. Zu diesen Ländern zählen Jemen und Syrien, aber auch Jordanien und Libanon. Und Tunesien muss hier auch noch einmal erwähnt werden.

Um noch einmal auf die Corona-Pandemie zurückzukommen: Oft wird die Digitalisierung als Allheilmittel und *das* Instrument im Umgang mit der Covid-19-Pandemie bzw. ihrer Folgen präsentiert. Ich denke, dass für die meisten Staaten der MENA-Region die Digitalisierung kein Ausweg aus der Krise ist. Sowohl die medizinische als auch die soziale Infrastruktur, aber auch der Bildungssektor sind in vielen Ländern dieser Region weit davon entfernt, den Mindestanforderungen für eine flächendeckende Digitalisierung zu ge-

nügen. Ich warne daher immer davor, quasi die Probleme zu digitalisieren, anstatt Lösungen zu suchen, die mit der jeweiligen Lebensrealität in diesen Ländern vereinbar sind.

HSS: *Welche Forderungen angesichts der Pandemie haben Sie denn am meisten gehört seitens der Staaten, in denen Sie tätig sind?*

AlDailami: Ich kann hier nur für die Maghrebstaaten sprechen, weil ich dort tätig war, allen voran Tunesien. Da ist der Wunsch ziemlich klar, er lautet: wir wollen diesen Raum beiderseits des Mittelmeeres als einen zusammenhängenden Wirtschaftsraum betrachten. Es wird immer wieder betont, dass es sich um geostrategische und sicherheitspolitische Chancen und Risiken für beide Seiten handelt, für Europa und für Nordafrika. Damit verbunden ist auch die klare Forderung, unter den "Europäischen Rettungsschirm", also unter den Corona-Pakt, den die Europäer unter sich geschlossen haben, zu fallen. Eine weitere Forderung der Maghreb-Staaten, die schon ewig anklingt und immer wieder hervorgebracht wird, lautet: lasst uns von den vier Freiheiten profitieren, die auch für europäische Mitgliedstaaten gelten: freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr. Nur dann fühlen wir uns ernst genommen, so sagen die Vertreter dieser Länder, und nur dann können wir von Partnerschaft auf Augenhöhe sprechen.

HSS: *Und wie sieht es im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aus? Welche Auswirkungen hat die Pandemie darauf, speziell auch auf die Arbeit der politischen Stiftungen vor Ort in den jeweiligen Ländern?*

AlDailami: Ein Problem, mit dem die Entwicklungszusammenarbeit immer zu tun hatte, sind die sogenannten *Shrinking Spaces*. Die Pandemie scheint das Problem dieser *Shrinking Spaces* nochmal verstärkt zu haben. Das heißt, es ist zunehmend schwieriger geworden in diesen Ländern einigermaßen frei mit der Zivilgesellschaft und weiteren relevanten Akteuren zu arbeiten. Die Verantwortlichen in diesen Staaten argumentieren, angesichts der Pandemie Krisenmanagement betreiben zu müssen. In der Realität werden leider dadurch

zivile Freiheiten auf unbefristete Dauer und sehr unverhältnismäßig eingeschränkt. Und das schränkt natürlich unsere Arbeit enorm ein.

HSS: Neben den internen Umwälzungen innerhalb der arabischen Staaten gab es auch außerhalb, also auf der internationalen Bühne, im letzten Jahrzehnt große Verschiebungen, die bis heute anhalten und die Neuordnung der Region maßgeblich mitbestimmen. Können Sie die externen Einflüsse auf diese Region zusammenfassen?

AlDailami: Das Schwierige an dieser Frage ist, dass viele Akteure in dieser Region kräftig mitmischen. Wir können versuchen, uns auf die Hauptakteure zu reduzieren: Fangen wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika an. Je stärker sich die USA aus der Region zurückziehen, und das ist in den letzten Jahren deutlich sichtbar geworden, desto intensiver wird die Einmischung Russlands, Chinas und der Regionalmächte Iran und Türkei in der MENA-Region. Wir erleben also neue Koalitionen und Zweckbündnisse.

Am deutlichsten sichtbar sind sie in der wieder entdeckten Russland-Türkei-Achse. Dieses Duo avancierte inzwischen zum Protagonisten auf der internationalen Bühne, besonders in den Ländern Syrien und Libyen. Beide Länder – Russland und Türkei – wollen ihre Präsenz im MENA-Raum stärken bzw. behaupten und scheinen immer mehr das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Der Rückzug der US-Amerikaner geschieht allmählich. Aktuell sind sie noch mit militärischem Gerät und Soldaten vor Ort. Ihre Politik ist nur noch in einigen Ländern präsent und sichtbar. Sie sanktionieren Länder wie Syrien und den Iran, sie sanktionieren aber auch Firmen, die am Wiederaufbau Syriens beteiligt werden wollen. Und sie unterstützen auf der anderen Seite mit geheimdienstlichen Mitteln, mit enormer Aufrüstung, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Bahrain und Israel.

Und das alles sorgt dafür, dass zwar keine direkte, aber eine indirekte Einmischung vorhanden ist, um ein neues Gleichgewicht oder neue Regionalmächte in dieser Region hervorzubringen. Davon lassen sich aber die Russen, Türken und Chinesen nicht beirren. Sie halten

an ihrer Realpolitik fest und wollen auch ihr Stück von dem sich neu ordnenden Nahen Osten und Nordafrika ergattern.

HSS: Man könnte aufgrund des gerade genannten fortschreitenden Rückzugs der Amerikaner aus ihrer weltpolitischen Verantwortung von einem machtpolitischen Vakuum im Nahen Osten sprechen. Wie konkurrieren die Regionalmächte um die Vorherrschaft in der MENA-Region? Und wer, meinen Sie, wird sich langfristig als Regionalmacht etablieren?

AlDailami: Vielleicht macht es zur Beantwortung der Frage Sinn, zwischen tatsächlichen Regionalmächten und, wie ich sie nenne, "Möchtegern-Regionalmächten" zu unterscheiden. Ich denke, langfristig werden sich der Iran, die Türkei und Israel als Regionalmächte in dieser Region etablieren. Auf der anderen Seite kurzfristig die "Möchtegern-Regionalmächte": die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Warum sage ich "Möchtegern-Regionalmächte"? Weil diese Länder, auch wenn sie zurzeit Regionalmacht-Ambitionen hegen und diese auch ausüben, gar nicht in der Lage sind, diese mittelfristig aufrechtzuerhalten. Die anderen Länder hingegen, die Erstgenannten, können dies auf jeden Fall. Besonders der Neu-Osmanismus unter Erdoğan wird uns noch die kommenden zehn bis zwanzig Jahre beschäftigen, ob nun mit oder ohne Erdogan.

Der Iran kann nicht über ein halbes Jahrhundert hinweg sanktioniert werden. Irgendwann werden diese Sanktionen aufbrechen oder gelockert werden müssen. Und dann werden wir sehen, wie schnell dieser regionale Player aufsteigen wird, und dessen Rolle ist auf keinen Fall zu unterschätzen. Ich denke, dass wir als Resümee mit Blick auf die geopolitischen Veränderungen in dieser Region sagen können, dass wir zurzeit einen historischen Wendepunkt erleben. Noch ist nicht klar, in welche Richtung das geopolitische Pendel ausschlagen wird. Allerdings werden der Rückfall in nationale Egoismen und die gezielten Angriffe auf die bisher geltende internationale Ordnung immer augenscheinlicher, und sie werden das Gesicht der MENA-Region nachhaltig verändern.

HSS: *Kommen wir nun zur Rolle der Europäischen Union. Die EU und die Staaten der MENA-Region, insbesondere die unmittelbaren Nachbarn im Maghreb, versuchen seit langem, die Beziehungen in dieser Region auf ein besseres Niveau zu heben. Was kann und sollte die Europäische Union tun, um ihren Einfluss in dieser Region geltend zu machen?*

AlDailami: Der Fairness halber muss gesagt werden, dass schon große Anstrengungen seitens der EU unternommen worden sind, und zwar zur Unterstützung reformbereiter Staaten in dieser Region. Als Beispiele seien der Barcelona-Prozess, die Deauville-Partnerschaft, der Südliche Mittelmeer-Dialog, die Privilegierte Partnerschaft für einige Länder genannt.

Dennoch bin ich der Ansicht, dass die Entwicklung einer klaren EU-Nachbarschaftspolitik für die südlichen Anrainer des Mittelmeeres bis heute ausgeblieben ist. Ich denke, dass die außenpolitischen Divergenzen, zum Beispiel zwischen Italien und Frankreich – das können wir am jüngsten Beispiel Libyen ganz klar sehen – dazu führen, dass die EU nicht mit einer Stimme sprechen kann und will. Die EU hat tatsächlich bisher versagt, eine gemeinsame Linie in der Außen- und Verteidigungspolitik zu fahren. Daher hat sie große Nachteile im Kampf um den Einfluss in dieser Region. Und leider haben wir es immer wieder mit nationalen Alleingängen und Egoismen zu tun. Diese Ambivalenz in der europäischen Haltung kostet die EU sehr viel Glaubwürdigkeit und Vertrauen sowie womöglich wichtige Absatzmärkte, und ganz sicher auch interessante Investitionsmöglichkeiten.

Ich denke, seitens der Europäischen Union muss sich die Perzeption dieser Region, vor allem Nordafrikas, grundlegend verändern: und zwar, dass wir sagen, Nordafrika ist nicht nur eine Quelle von Migranten und Terroristen, sondern eher eine Region, die mit uns in Europa über die Geschichte hinweg eng verbunden war und zu der wir eine gesunde und partnerschaftliche Beziehung auf Augenhöhe aufbauen müssen. Denn bisher dominieren Sicherheitsfragen den europäischen Diskurs mit diesen Staaten und das ist aus meiner Sicht sehr, sehr beschränkt. Wirtschaftli-

che, geostrategische Bündnisse werden komplett außer Acht gelassen und mit Blick auf den Klimawandel, mit Blick auf die Energieversorgung bin ich mir sicher, dass wir langfristig angelegte Projekte zwischen der EU und Nordafrika etablieren können. Und hier wäre eine deutlich bessere Investition für die Region beiderseits des Mittelmeeres, wenn man sich auf die Gemeinsamkeiten konzentrierte, als auf die Divergenzen zu schauen.

HSS: *Nach der europäischen Dimension kommen wir noch einmal zu Deutschland, dessen Einfluss als Verfechter des Multilateralismus eindeutig gestiegen ist. Es gilt jetzt, aus dieser Situation und aus dem entgegengebrachten Vertrauen solide Partnerschaften für die Zukunft aufzubauen. Gerade vor dem Hintergrund des spannungsgeladenen Verhältnisses zwischen China und den USA: Ist Deutschland in der Lage, diese historische Verantwortung zu übernehmen?*

AlDailami: Ob Deutschland dazu in der Lage ist, weiß ich nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Erwartungshaltung enorm ist. Ich war damit in meiner täglichen Arbeit in diesen Ländern konfrontiert. Deutschland tut sich allerdings sehr schwer, in diese Rolle hineinzuschlüpfen. Auch wenn Deutschland sich seit 2012 als Gestaltungsmacht definiert, ist die Angst – so glaube ich – vor der Reaktion unserer Nachbarstaaten in Europa noch viel zu groß. Und die Erfahrung fehlt schlichtweg. Was feststeht, ist – und das hat man, glaube ich, in Berlin schon zur Kenntnis genommen: Die bisherige “Scheckbuch-Diplomatie” reicht nicht mehr aus. Und Berlin muss nun entscheiden, wo die deutschen Interessen außerhalb Europas liegen. Ich habe bereits Nordafrika angesprochen. Das Engagement in diesen Ländern und für diese Länder muss stärker ausgebaut werden. Lassen Sie mich das Beispiel Libyen nennen, das habe ich sehr eng begleitet, da ich ja auch für Libyen zuständig war: Hier gab es seitens Deutschland einen ersten Versuch, eine Führungsrolle einzunehmen, und ich denke, mit beachtlichem Erfolg. Der Alleingang von Italien und Frankreich in der Libyen-Krise hat die Europäer schon als Neben-Akteure deklas-

siert. Erst die Rolle Berlins und das Zusammenbringen aller Akteure hat dafür gesorgt, dass die EU und Deutschland wieder ein Wörtchen mitzureden haben in Libyen. Dennoch glaube ich, dass wir vor großen Herausforderungen stehen in der außenpolitischen Ausrichtung Deutschlands, und dass die ehemaligen Kolonialmächte, allen voran Frankreich und Italien, lernen müssen, dass sie unilaterale Handlungen lieber unterlassen sollten, und unisono mit der EU gemeinsame Außenpolitik betreiben. Bis wir diesen Punkt erreicht haben, brauchen wir in Berlin glaube ich einen langen Atem, sowie eine gute Vorbereitung für die neue deutsche Rolle in dieser Region.

|| Dieses Interview wurde von Louise v. Hobe-Gelting, Stv. Referatsleiterin Grundsatzfragen im IIZ geführt. Als Podcast der Hanns-Seidel-Stiftung in der Reihe "Globale Perspektiven" nachzuhören unter: <https://www.hss.de/mediathek/#c44249>

ANMERKUNGEN

- 1 Maschrek: arabische Bezeichnung für ein Gebiet im Nahen Osten, das heute Ägypten, die Palästinensischen Gebiete, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien und den Irak umfasst.